

Die erste Bresche?

G20 im protestgeschichtlichen Kontext

Gipfelproteste sind Bündnisproteste. Diese Feststellung mag verschiedenerlei Grund zum erstaunten Widerspruch geben, sie scheint mir dennoch der richtige Einstieg in eine Überlegung, „wie Hamburg in die Protestgeschichte der BRD einzuordnen“ ist und „wie in die globalen Gipfelproteste“ und schließlich „was an Hamburg Besonderes war“. So wurde nämlich meine Aufgabe für diesen Artikel formuliert.

Ich glaube, man kann in einem Text mit sehr begrenztem Umfang nicht einfach über „die Protestgeschichte“ schreiben. Die ist allemal sehr vielfältig und es ist nicht einfach, Linien, Zusammenhänge, einander folgende Entwicklungen zu erkennen. Je nach dem welche Perspektive ich einnehme, entstehen andere Einsichten. Ein und dieselbe Aktion enthält in sich die Perspektive der Stadt, in der sie stattfindet, des Themas, auf das sie sich bezieht, der Organisation oder Bewegung, die sie trägt, der Rezeption, die sie findet. Jede dieser Perspektiven verbindet sie mit unterschiedlichen Teilen der übrigen Protestgeschichte. Eine der Konstanten, die sich durch die Gipfelproteste in der (alten und neuen) BRD zieht, die diese aber auch mit vergleichbaren Ereignissen weltweit verbindet, ist die Tatsache, dass es nie einzelne Strömungen sind, die dort protestieren. Es mag Spaltungen und getrenntes Agieren geben, aber Gipfeltreffen ziehen regelmäßig unterschiedliche Protestmilieus an, die sich zueinander verhalten (müssen). Oder anders formuliert: Niemand sucht sich die Menschen und Organisationen aus, die dann mit ihm auf der Straße sein werden. Ich werde Hamburg also stark unter diesem Gesichtspunkt anschauen.

Keineswegs sind Gipfelproteste dagegen notwendig globalisierungskritische Proteste. Zwar wurde der Weltwirtschaftsgipfel bereits 1975 aus der Taufe gehoben, aber erst 1984 in London gab es erstmals größere Proteste. Damals standen soziale Themen deutlich im Vordergrund, die auch in Bonn 1985 eine Rolle spielten. Dort war die verbindende Parole: „Für eine Welt ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Intervention!“ Ein ganztägiges „Tribunal gegen den Weltwirtschaftsgipfel“ beschäftigte sich in zwei Sektionen zwar mit den „Auswirkungen der Weltwirtschaftsordnung“ in der „3. Welt“ und den „Metropolen“, aber daneben waren der „Zusammenhang von Imperialismus und Patriarchat“, der 40. Jahrestag der „Niederschlagung des faschistischen Deutschlands“ und die „militärstrategische Absicherung der Weltwirtschaftsordnung“ die Schwerpunkte. Übrigens möge niemand aus den für uns heute martialisch klingenden Formulierung auf eine bündnispolitische Engführung schließen: Formal war das Tribunal eine Fraktionssitzung der Grünen Fraktion des Europäischen Parlaments.

Die Idee, dass Parteien in der sozialen Bewegung nichts verloren hätten, entstand also offensichtlich erst später und war auch keinesfalls immer Konsens, wie es in den Spaltungen des Jahres 2017 von grün-sozialdemokratischer Seite gerne behauptet wurde. Durchgehendes Merkmal aller Gipfelproteste war aber eine Haltung der klaren Opposition gegen die Politik der versammelten Regierungen mit besonders kritischem Blick auf die „eigene“, deutsche Regierung. Das halten diejenigen politischen Strömungen, die auf die Straße mobilisieren, bis heute aufrecht und es prägte auch die Aufrufe für Hamburg. Allerdings ist dieser Ansatz inzwischen nicht mehr so eindeutig inhaltlich formuliert wie noch bis in die frühen 90er-Jahre hinein, also auch noch bei den Protesten zum Weltwirtschaftsgipfel 1992 in München. Spätestens seit 2007 in Heiligendamm hat sich der Diskurs hin zur nicht vorhandenen Legitimität der Treffen verschoben.

Das ist auch eine Reaktion auf eine Veränderung der politischen Landschaft in Deutschland zwischen 1992 und 1999, als der turnusmäßige EU- und der Weltwirtschaftsgipfel fast zeitgleich in Köln stattfanden. Die 80er-Jahre waren von großen Mobilisierungen zu Massenveranstaltungen geprägt gewesen. Friedens- und Umweltbewegung, aber auch die Anstrengungen für einen umfassenden Schuldenerlass für die arm gemachten Länder des Südens hatten Zehn-, ja

Hunderttausende auf die Straße gebracht, ohne ein einziges ihrer Ziele durchzusetzen. Im Jahrzehnt nach dem Epochenbruch reagierten einige politische Zusammenhänge darauf damit, dass sie sich professionalisierten und ihre Schwerpunkte hin zu Lobbyarbeit und Politikberatung verschoben. Die NGO-isierung von Politik war geboren. Bei einem informellen Treffen des Protestbündnisses 1999 mit dem Sherpa des Kanzlers für die Abwicklung des G8-Gipfels bot ein Teil der anwesenden Organisationsvertreter der rot-grünen Bundesregierung tatsächlich an, sie könnten in einzelnen Politikfeldern konsistentere Vorschläge machen als die Regierungsbeamten. Kaum eine dieser Organisationen beteiligte sich fortan an den Protesten.

Der Legitimitätsdiskurs ist Teil des Bemühens, zumindest einige der großen NGO im Protestspektrum zu halten, was beim G20 schwieriger war als bei den G8/G7-Treffen. Das liegt nicht nur daran, dass manche diesen größeren Kreis als wichtig betrachten, sondern hat mehr damit zu tun, dass die Bundesregierung den vor fast 20 Jahren begonnenen Gesprächsfaden diesmal mit dem C20-Prozess offiziell formalisierte. Hier wird eine Spaltungsstrategie manifest, die mit der wachsenden Einflusslosigkeit linker Politik in den 90er-Jahren ihren Anfang nahm und darin ihre materielle Grundlage hat. In Hamburg zeigte sich das in der geringen Beteiligung an der G20-Plattform, mehr aber noch daran, dass einige Akteure von vorne herein darauf verzichteten, während der Gipfeltage überhaupt Widerspruch vorzutragen. Bei einigen NGO waren auch jetzt noch Personen involviert, die die beschriebene Entwicklung schon in den 90er-Jahren getragen haben.

Zum Verständnis des Gesamtkomplexes gehört aber auch eine Kontinuität, die staatlicherseits mindestens seit 1985 gepflegt wird. Die Rede ist von einer aggressiven Propaganda gegen diejenigen politischen Akteure, die die Regierung für „Autonome“ hält oder dazu erklärt. Sie werden einer umfassenden polizeilichen Repression auf der Straße ausgesetzt, völlig unabhängig davon, wie sie real auftreten. In Bonn 1985 verlief die Demo mit 35 000 Menschen absolut friedlich, was nicht in die Gewalthysterie passte, die vorher verbreitet worden war. Eine brennende US-Fahne diente der Polizei dann als Vorwand, den gesamten Abschlusskundgebungsplatz aufzumischen. Dasselbe Vorgehen mit anderem Vorwand (Festnahmen) gab es in Heiligendamm 2007. 1992 in München war sogar mehr oder weniger die ganze Demo am Laufen gehindert und gekesselt worden. In Hamburg traf es „Welcome to Hell“. In keinem dieser Fälle hatten die angegriffenen Protestierenden tatsächlich Anlass zum Einschreiten gegeben. Hier geht es im besten Fall darum, dass aufseiten der Polizei die Vorstellung herrscht, dass „Autonome“ kein Demonstrationsrecht hätten.

Eher aber handelt es sich um eine geplante Strategie der Spaltung, zu der es gehört, dass die Beteiligten aus Polizei, Politik und einem Teil der Medien genau wissen, dass sei mit eventuellen Regelverletzungen anders deutlich einfacher umgehen könnten. Die Eskalation wird bewusst betrieben, um beim nächsten Mal noch größere Horrorszenarien vorhersagen zu können und um Teile des Protestes zur Distanzierung zu animieren. Das hat in Hamburg bei einem Teil des Spektrums perfekt funktioniert. Die früher schon wirksamen Widersprüche wurden nicht intern bearbeitet und aufgefangen, sondern in z. T. polemischer Abgrenzung öffentlich gemacht. Es mag ja sein, dass man am 2.7. eine größere Medienaufmerksamkeit bekommen konnte, wie als Argument für die Demo am 2.7. vorgetragen wurde. Das konnte aber in keiner Weise begründen, warum man nicht am 8.7. eine gemeinsame Abschlussaktion hätte durchführen können. Auch der Verweis auf die Beteiligung der Partei Die Linke am 8.7. ist angesichts der Bindung mehrerer Personen aus dem Kreis der ersten Demo an SPD und Grüne nicht glaubwürdig. Es bleibt lediglich übrig, dass man bewusst nicht Teil „des Blockupyspektrums“ sein wollte, wie es einer der Hauptorganisatoren mehrfach wörtlich sagte.

Damit sind wir mitten drin in einem weiteren Teil der Protestgeschichte, der für Hamburg eine Rolle spielte. Ich will ihn einmal die „Heiligendammdynamik“ nennen. Die Proteste zum G8 2007

waren über einen langen Zeitraum vorbereitet worden, nicht zuletzt von Attac. Aber auch andere Akteure, insbesondere die im Aufbau befindliche Interventionistische Linke, orientierten schon sehr früh auf ein möglichst breites gemeinsames Bündnis. Eher nicht scharf gegen die Bundesregierung positionierte NGO hielten sich tendenziell zurück, verfolgen jedenfalls kein eigenes Projekt zur Begleitung des Gipfels. 1999 hatten sie dies mit der Menschenkette von „Erlassjahr“ noch ebenso getan wie linksradikale Strömungen, die von der Sinnhaftigkeit eines breiten Bündnisses weniger überzeugt waren, mit einer eigenständigen Demo. In Heiligendamm gab es zwar auch eine solche linke Struktur, die aber vielfach punktuell mit dem größeren Bündnis kooperierte. Zwei ursprünglich getrennte Kreise mit NGO und anderen kamen im Laufe der Zeit zusammen und es etablierten sich zwei Ziele für die Aktionen. Zum einen sollte der politische Diskurs in Deutschland nach links verschoben werden, zum anderen sollte auch in Deutschland endlich ein Großevent der globalisierungskritischen Bewegung stattfinden. Beides gelang vor allem durch die Blockadeaktion „Block G8“.

15 000 überwiegend junge Leute blockierten nicht nur den Gipfel und zeigten, dass man auch schwierige Aktionsziele erreichen kann, sie ließen vor allem die martialisch aufgerüstete Polizei lächerlich und überflüssig aussehen. Die von dieser Erfahrung ausgehende Selbstermächtigung prägte eine ganze Protestgeneration. Blockaden gegen Naziaufmärsche und andere als bedrohlich wahrgenommen Anlässe wurden in vielen Städten praktiziert, das Bewusstsein der eigenen Möglichkeiten verbreitete sich. Andere Zusammenhänge übernahmen das Wissen und den Anspruch. Zwar war die fortschrittliche Bewegung in Deutschland in den letzten zehn Jahren weit davon entfernt, gesellschaftliche Wirkungsmacht zu haben, aber sie hatte eine merkliche Präsenz und niemand konnte wissen, ob nicht auch hierzulande ein Funke zünden würde, wie es im Gefolge der systemischen kapitalistischen Krise in vielen Ländern, vor allem im Mittelmeerraum geschah.

Genau im Umgang mit der Krise fand die deutsche Linke dann auch zu einer eigenständigen Handlungsmöglichkeit. Es war ihr nicht gelungen, das Krisenmanagement von Bundesregierung und EU gesellschaftlich breit zu delegitimieren. Trotz hörbaren Unmuts breiter Teile der Bevölkerung, trotz zunehmender Infragestellung des Kapitalismus als solchem gab es keine gesellschaftliche Auseinandersetzung um Merkels Krisenpolitik. Blockupy war eine Antwort darauf. Die Interventionistische Linke und weite Teile von Attac und der Partei Die Linke, unterstützt von zahlreichen kleineren Zusammenhängen und vielen Einzelpersonen, hatten in der Kritik an der Europäischen Zentralbank und gleichzeitigen Aktionen gegen sie auf der Straße einen Ansatz gefunden, der deutlich machte, dass es in Deutschland einen Akteur gab, der einer globalen Antiausteritätsbewegung ein Partner sein konnte. Zwar gab es immer noch keinen Streit um das europäische Krisenmanagement, aber um die Demokratie und ihre Unvereinbarkeit mit Markt und Krisenpolitik.

Hier ging es nicht mehr nur um eine mehr oder weniger kleine Linksverschiebung des politischen Feldes. Der eher radikale Teil der Linken hatte einen eigenen politischen Punkt gesetzt und war als eigener Akteur sichtbar geworden. Das störte viele, nicht nur im etablierten Politikbetrieb und im staatlichen Sicherheitsapparat. Auch die Abspaltung des 2.7. vom gemeinsamen Protest in Hamburg wurde von Protagonisten ausdrücklich damit begründet, dass ein „Blockupyspektrum“ politisch unerwünscht sei. Und auch im Zuge der Vorbereitungen für Proteste anlässlich der 23. Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimakonvention hielten Mitglieder großer NGO unserer Vertreterin wörtlich vor: „Ihr argumentiert ja wie Blockupy!“ Hier geht es also offenbar auch um so etwas wie diskursive und politische Hegemonie innerhalb der Linken. Im Zuge der Heiligendammodynamik haben sich die inhaltlichen und praktischen Handlungsoptionen der Linken erweitert. Bis weit ins Spektrum großer NGO, aber auch der linken Flügel von SPD und Grünen sind inzwischen radikale Widersprüche zur herrschenden Politik und regelüberschreitende Aktionsformen Möglichkeiten, die man wählen kann oder nicht. Das passt den beharrenden, offensiv staatstragenden Kräften in diesen Zusammenhängen gar nicht und soll zurückgedrängt

werden. Dabei entgeht ihnen, dass sie einer ganz anderen, auch gegen sie selbst gerichteten Entwicklung Vorschub leisten, oder sie nehmen es billigend in Kauf.

Die vereinte Rechte von ganz außen bis weit in die SPD hinein nimmt nämlich diese Konstellation zum Anlass, um eine Offensive gegen alles Linke zu führen. Da geht es nicht mehr nur um öffentliche Stimmungsmache, sondern auch um reale Veränderungen. Das Agieren der Polizei in Hamburg war derart weit jenseits aller rechtsstaatlichen Normen, dass es sich deutlich von früheren Anlässen unterschied. Die Urteile gegen Demonstranten in der 1. Instanz haben mit Recht nichts mehr zu tun, sie atmen nur noch einen Geist der Rache und der Unterwerfung. Linke Strukturen sollen zerschlagen, Personen nachhaltig abgeschreckt werden.

Wir könnten uns damit trösten, dass auch dies Teil der europäischen Normalität ist, die Verhältnisse in manchen Ländern noch schlimmer sind, ebenso wie wir mit dem Riot in Hamburg ja auch unsererseits ein Stück globale Normalität in Deutschland erlebt haben. Aber das wäre zu einfach, denn die Sache ist noch nicht entschieden. Polizei und Politik haben in Hamburg derart überzogen, dass es eine Chance gibt, die schon vorab dafür geplante politische Rechtfertigung („Polizeigewalt hat es nicht gegeben“) auszuhebeln. Die Repressionsorgie von Hamburg soll nach dem Willen ihrer Betreiber der Beginn von etwas Neuem sein, nämlich einer Zurückdrängung der radikalen Linken aus jedem legitimen politischen Diskurs. Wir sollen im Rahmen der Verurteilung eines angeblichen Totalitarismus entsorgt werden. Es könnte aber auch, wenn es uns gelingt, die Lügen und Rechtsbrüche der Gegenseite für alle sichtbar zu machen, der Beginn von etwas anderem Neuem sein, nämlich die erste Breche im Bollwerk der marktkonformen Demokratie.